

Pressemitteilung

Sperrfrist: keine



Radentscheid Darmstadt, David Grünewald, Grafenstraße 17, Darmstadt

An
Pressevertreterinnen und Pressevertreter

Ihr Kontakt für Rückfragen:

David Grünewald
0151 22 82 35 53
david@radentscheid-darmstadt.de

Stephan Voeth
0179 93 14 04 9
stephan@radentscheid-darmstadt.de

Darmstadt, Sonntag, 30. September 2018

Radentscheid reicht Klage ein

DARMSTADT Das Radentscheid-Team geht gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt vom 30. August 2018 gerichtlich vor.

Zunächst hatten die Vertrauenspersonen eine formale Beanstandung beim Regierungspräsidium Darmstadt als Aufsichtsbehörde eingereicht. Das RP Darmstadt möchte den Fall allerdings nicht annehmen und verwies auf das Rechtsamt der Stadt Darmstadt. Dieses teilte daraufhin lediglich mit, dass eine Klagemöglichkeit besteht. Von dieser macht Initiator David Grünewald nun Gebrauch und reichte Klage beim Verwaltungsgericht Darmstadt ein.

„Oberbürgermeister Partsch zeigt Verständnis für den Schritt und sieht darin keine Belastung des laufenden Mediationsverfahrens“, sagte Grünewald und führt weiter aus: „Die Klagemöglichkeit besteht nicht beliebig lange. Wir wollen das Bürgerbegehren auch gegen ein mögliches Scheitern der laufenden Mediation absichern.“ Der Radentscheid wird durch Rechtsanwalt Dr. Gernot Schiller von der renommierten Kanzlei Redeker Sellner Dahs vertreten.

Bürgerinnen und Bürger können die Klage, die etwa 5.000 € Rechtskosten verursacht, mit einer Spende über die Website der Bürgerinitiative (<https://radentscheid-darmstadt.de/spenden/>) unterstützen. „Schon in den letzten Tagen gingen einige Spenden ein und dafür sind wir den Unterstützerinnen und Unterstützern sehr dankbar“, ergänzt Grünewald.

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollen in den kommenden vier Jahren jeweils vier Millionen Euro in den Radverkehr investiert und weitere vier Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen werden. „Wir sehen in der finanziellen Zusage einen deutlichen Fortschritt. Mit umgerechnet 25 € pro Einwohner und Jahr stehen wir international weit vorne“, ordnet Sabine Crook, ebenfalls Vertrauensperson beim Radentscheid ein. In einer kürzlich erschienen Studie von Greenpeace, wird deutlich, dass diese Summe ähnlich hoch ist wie beispielsweise in holländischen Städten und fünf bis achtmal höher als in allen deutschen Großstädten liegt. „Die internationalen Vorreiter erreichen mit dem Geld einen Radverkehrsanteil von rund 30 %. Ein Budget allein genügt allerdings nicht, es muss auch der politische Wille bestehen, Verkehrsflächen vom Auto zum Fahrrad umzuwidmen.“

Die grün-schwarze Koalition verfügt über keine eigene Mehrheit in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung. „Ist die Klage erfolgreich, können die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden und die mehr als 11.282 Unterschriften werden nicht zum Spielball zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen“, erklärt Grünwald. Sorgen um eine Mehrheit in der Bürgerschaft macht er sich dabei keine: „Am 23. September war der Schweizer Volksentscheid Velo-Ja erfolgreich. Damit sind nun Fahrradwege in die Schweizer Verfassung aufgenommen. Der Entschied hat eine Zustimmung von 73,6% und eine Mehrheit in jedem Kanton erreicht, also auch in ländlichen und bergigen Regionen.“

Verweise

- **Greenpeace-Studie**
<https://www.greenpeace.de/themen/energiewende/mobilitaet/guter-rat-das-rad>
- **Volksentscheid Velo-Ja (Schweiz)**
<https://bundesbeschlussvelo-ja.ch/geschafft-die-velowege-kommen-in-die-verfassung/>

Hintergrund

Der Radentscheid ist eine Initiative Darmstädter Bürgerinnen und Bürger. Die Gruppe führt eine politische Kampagne für sichere und bequeme Radwege im Alltagsverkehr.

Der Radentscheid sammelte über Unterschriften 11.282 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gemäß § 8b der Hessischen Gemeindeordnung. In der zweiten Stufe soll ein Bürgerentscheid folgen. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist noch nicht abschließend entschieden.

Der Radentscheid wird von zahlreichen Einzelpersonen, Verbänden und Darmstädter Einzelhändlern als Sammelstellen unterstützt.

Der Radentscheid ist Teil einer bundesweiten Bewegung und hat Vorbilder in Berlin und Bamberg. Am 31. Januar 2018 hat der Stadtrat Bamberg die Ziele des Radentscheid Bamberg beschlossen. Am 28. Juni hat das Abgeordnetenhaus von Berlin ein Mobilitätsgesetz beschlossen, das die Ziele des Volksentscheid Fahrrad übernimmt.

Parallel laufen Bürgerbegehren in Frankfurt, Stuttgart und Kassel, Vorbereitungen in München, Hamburg, Tübingen, Bielefeld und weiteren Städten sowie landesweit als Volksinitiativen in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Homepage: radentscheid-darmstadt.de